

# Inklusives Kindergeld

Von Henning Köhler, Oktober 2013

Vor sieben Jahren trat die UN-Konvention zum Schutz behinderter Menschen (UNCRC) formell in Kraft und ließ manches Pädagogenherz höher schlagen. (Anderen rutschte dasselbe in die Hosentasche.) Was ist daraus geworden?

»Inklusion, das gebrochene Versprechen«, lautet der Titel eines Kommentars von Uschi Niehaus-Böhm in den Blättern für deutsche und internationale Politik. »Können wir in einer Gesellschaft der Exklusion überhaupt von Inklusion sprechen?«, fragt sie, erinnert an die wachsende Zahl der von Armut betroffenen, bildungsbenachteiligten Kinder und wirft den Politikern vor: »Es geht um ein Sparmodell und um ein besseres Image der Regierungen, nicht aber um bessere Lernbedingungen für alle Kinder.« Die Lehrer seien überfordert. Sie könnten den einzelnen Schülern noch weniger gerecht werden als zuvor. Leider wahr.

Also was tun? Es mag verwegen klingen, aber ich halte überhaupt nichts von Quotenregelungen. Man legt fest, wie viele »Förderkinder« pro Klasse tragbar seien, und Gelder fließen erst, wenn der Bedarf durch Tests bestätigt wurde. Warum eigentlich? Im Internet-Portal Bildungs-klick wird dazu Prof. Annerose Sprengels zitiert. Ihrer Meinung nach verträgt sich »das Prinzip der grundlegenden humanen Anerkennung« nicht mit dem »Konstrukt des schlechten Schülers«, denn »jedes Kind ist auf seiner Stufe kompetent«. Pädagogische Urteilsbildung sei »in den alltäglichen Unterricht eingelassener Bestandteil des Lehrens und Lernens« und benötige normalerweise »keine besonderen diagnostischen Verfahren und Tests«. (Vorausgesetzt, die Lehrkräfte vor Ort sind entsprechend ausgebildet, möchte ich hinzufügen.)

Mittelzuteilung von diagnostischen Etikettierungen abhängig zu machen, widerspricht dem Geist der Inklusion. Nun droht unter Berufung auf die UNCRC sogar eine »Ausweitung des Ausleseprozesses« (Bildungs-klick). Der Trend geht dahin, »Risikokinder« aufzuspüren, um einen eventuell drohenden Förderbedarf präventiv abzuwenden. Zu diesem Zweck soll RTI (Response to Intervention), ein neues Testverfahren aus den USA, im Grundschulbereich flächendeckend zur Anwendung kommen. Durch jede sich bietende Hintertür kriecht der Überwachungsstaat herein.

Noch einmal: Was tun? Mein (ziemlich einsamer) Vorschlag: Nach ausreichender Vorbereitungszeit öffnen deutsche Schulen ihre Tore für alle Kinder, wie sie kommen. Unbesehen. Bis der Laden voll ist. Dann müsste allerdings obligatorisch jede Schule, ganz unabhängig davon, wie sich die Schülerschaft jeweils zusammensetzt, für Inklusionsaufgaben gerüstet sein, personell, finanziell, infrastrukturell. Und wir hätten endlich ein vernünftiges Schulwesen!

Aber man will ja sparen. (Das Geld wird für sieche Banken gebraucht.) Nebenbei: Heilpädagogische Schulen könnten trotzdem erhalten bleiben, wenn Eltern dies wünschten. Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention geht das auch gar nicht anders.

PS. Der Studienkreis für Neue Pädagogik (SNP) bereitet ein Arbeitspapier mit dem Titel »Die inklusionsfähige Schule« vor. Es kann etwa ab November unter [henning.koehler\(at\)jk-institut.de](mailto:henning.koehler@jk-institut.de) eingesehen werden.